

22 Personen mit Aufsicht betraut

Die UBS schluckt ihre frühere Rivalin Credit Suisse vollständig. Die Finanzmarktaufsicht Finma wird ihre Teams und Ressourcen, die bisher für die Aufsicht der beiden Banken zur Verfügung standen, nicht nur fusionieren, sondern auch aufstocken. Es werde zusätzliche Ressourcen geben, die nun voll für die Aufsicht der fusionierten Grossbank eingesetzt würden, erklärte die Finma am Donnerstag auf Anfrage. «Insgesamt werden 22 Personen direkt mit der UBS-Aufsicht betraut sein.» Dazu kämen – wie üblich – die umfangreichen und spezialisierten Querschnittsfunktionen der Finma. Weiter gebe es die Ressourcen der mit aufsichtsrechtlichen Prüfungen mandatierten Prüfgesellschaften.

Die Finma werde die fusionierte Grossbank auch während des Integrationsprozesses «sehr intensiv» beaufsichtigen, betonte der Sprecher. Und die UBS müsse die aufsichtsrechtlichen Anforderungen «in jeder Konstellation» einhalten. Zum Entscheid der UBS, das Schweiz-Geschäft der übernommenen Credit Suisse vollständig zu integrieren, will sich die Finma indes nicht äussern. «Die Finma kommentiert strategische Entscheide von Beaufichtigten nicht», betonte der Sprecher. (sda)

Sponsoring hat Bestand

Wer in den letzten Jahren vom Geldregen der untergegangenen Grossbank Credit Suisse profitiert hat, kann erst einmal aufatmen. Das Sponsoring soll nun nach der Übernahme durch die UBS weiterfliessen – zumindest vorübergehend. «Angesichts der wichtigen Rolle, die beide Unternehmen für unsere Gemeinschaften spielen, werden wir alle vereinbarten Sponsoringverträge für gesellschaftliche, sportliche und kulturelle Aktivitäten in der Schweiz bis mindestens Ende 2025 fortführen», erklärte UBS-Chef Sergio Ermotti in einem Communiqué. Die Schweizer Fussball-Nationalmannschaft, Sportanlässe, diverse Kunstmuseen und Musikfestivals im In- und Ausland: Sie alle profitierten in der Vergangenheit vom Sponsoring der Credit Suisse. Zum Teil handelt es sich um substanzielle Beiträge. (sda)

Zuversicht in Zürich

Der Zürcher Regierungsrat bedauert den angekündigten Stellenabbau und die daraus resultierenden Entlassungen. Er zeigt sich aber zuversichtlich angesichts der robusten Situation auf dem Arbeitsmarkt und der angekündigten Abfederungsmassnahmen. Der Entscheid, die Credit Suisse vollumfänglich in die UBS zu integrieren, sei unter den schwierigen Umständen die bestmögliche Lösung im Interesse der Stabilität des Wirtschafts- und Finanzplatzes, schreibt der Regierungsrat in einer Mitteilung. Erfreut sei man über die Zusicherung, dass die UBS sämtliche Lehrstellen von UBS und CS in der Schweiz für 2024 garantieren wird.

Der Finanzplatz Zürich ist mit einer Bruttowertschöpfung von fast 30 Milliarden Franken und über 97 000 Vollzeitstellen eine bedeutende Stütze der Zürcher Wirtschaft und der grösste Finanzstandort der Schweiz, heisst es in der Mitteilung. (sda)



Blick auf den Zürcher Paradeplatz: Die Credit Suisse wird in den nächsten Monaten schrittweise in den UBS-Konzern integriert werden.

Bild Ennio Leanza / Keystone

Bedauern beim Bundesrat, kritische Töne bei Parteien

Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite zeigen sich verhalten zufrieden über die Handhabung des Abbaus von 3000 Schweizer Stellen durch die Grossbank UBS. Kritik kommt von politischer Seite.

von Max Mohn und Eva Surbeck

Die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS dürfte in der Schweiz zu insgesamt 3000 Entlassungen führen. Jede wegfallende Stelle «schmerzt», sagte UBS-Konzernchef Sergio Ermotti vor den Medien. Der Schweizerische Bankpersonalverband forderte als externer Sozialpartner beim Stellenabbau Fairness und Gleichbehandlung der rund 37 000 Angestellten bei der neuen Grossbank in der Schweiz. Wie für den Kaufmännischen Verband stehen für ihn sozialverträgliche Lösungen und die Stärkung der Arbeitsmarktfähigkeit bei Entlassenen im Vordergrund. Die freiwilligen Zusatzleistungen im für die zusammengeführten Banken harmonisierten Sozialplan begrüssen die beiden Verbände. Wichtig ist ihnen, dass kein Stellenabbau auf Vorrat erfolgt. Den Integrationsprozess bezeichneten sie als transparent.

Der Arbeitgeberverband der Banken und Finanzdienstleister lobte das verantwortungsvolle und mit den Sozialpartnern abgesprochene Vorgehen der Bank. Die Grössenordnung, die Stafflung über mehrere Jahre und insbesondere der «sehr grosszügige Sozialplan» zeugten vom umsichtigen Vorgehen der UBS.

Parmelin macht sich keine Sorgen

Der Bundesrat bedauerte in einer Stellungnahme die Entlassungen nach der Notfusion von CS und UBS. Hinter jeder Entlassung stünden Menschen und Familien. Er erinnerte an seine im März formulierte Erwartung, dass beim Stellenabbau möglichst sozialverträgliche Lösungen gesucht und bestehende Verpflichtungen respektiert werden müssten. Die Pläne der UBS entsprächen den ursprünglichen Erwartungen des Bundesrates. Auch geht die Landesregierung davon aus,

dass es zu keinen bedeutenden Verwerfungen im Arbeitsmarkt kommen wird. «Mögliche Entlassungen sollen gestaffelt erfolgen», schrieb sie. Die arbeitsmarktlichen Auswirkungen dürften daher gering bleiben, auch weil die aktuelle Arbeitsmarktsituation allgemein sehr gut sei.

Wirtschaftsminister Guy Parmelin sagte vor den Medien in Bern, das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und er persönlich hätten während des

«Es wird spätestens jetzt klar, dass der Bundesrat eine sehr schlechte Lösung gewählt hat.»

Cédric Wermuth
SP-Co-Präsident

Bündner Bankenspezialist: «Ein barbarischer Akt»

Die Vollintegration der CS Schweiz in die UBS stösst beim Bündner Bankenspezialisten und Finanzbuchautor Max Lüscher-Marty auf wenig Verständnis. Im Gegenteil: Er spricht von einem «barbarischen Akt». Lüscher-Marty rechnet vor, dass die CS Schweiz ohne die Sondereinflüsse aufgrund der Übernahme durch die UBS fürs erste Halbjahr einen bereinigten Vorsteuergewinn von 224 Millionen Franken ausweist. Der Schweizer Teil der

Bank sei also profitabel gewesen, so Lüscher-Marty. Und dies, «obwohl die UBS – so mein Eindruck – die CS Schweiz eigentlich «aushungern» liess». Von der UBS, die selber vor 15 Jahren haarscharf am Konkurs vorbeigeschrammt sei, hätte er mehr Demut erwartet, sagt Lüscher-Marty weiter. Der Bankenspezialist weist ausserdem darauf hin, dass die UBS fürs zweite Quartal den höchsten Quartalsgewinn aus-

weist, den je eine Bank weltweit erzielt hat. Auch zur Notübernahme von Mitte März äussert sich Lüscher-Marty kritisch: «Die UBS hat die Credit Suisse mithin zu einem Preis übernehmen können, der ziemlich weit jenseits von Gut und Böse war – und ist.» Aus der Optik der UBS sei die Übernahme ein Geniestreich. «Dem hatten Bund, Nationalbank und Finanzmarktaufsicht offenbar nichts entgegenzuhalten.» (sid)

schiedenster Faktoren schnell ändern, wie der Bank Run bei der Credit Suisse bewiesen habe, schränkte Parmelin ein.

SVP-Aeschi: Billige Übernahme

SVP-Fraktionschef und Nationalrat Thomas Aeschi hob am Donnerstag auf X, vormals Twitter, den UBS-Quartalsgewinn von 29 Milliarden Dollar hervor. Nach dem Goodwill-Abzug komme damit ein letztes Mal der Buchwert der übernommenen Credit Suisse zum Vorschein, den Bundesrätin Karin Keller-Sutter zur Rechtfertigung des Notrechts kleingedredet habe. Die UBS hatte die CS für rund drei Milliarden Franken übernommen.

Die FDP bedauerte auf dem Kanal den Untergang der CS. Die Partei stelle sich hinter einen starken Finanzplatz. Mit einem Vorstoss verlange die Fraktion eine neue Finanzplatzstrategie. Der Arbeitsplatzabbau müsse sozialverträglich erfolgen.

SP-Co-Präsident und Nationalrat Cédric Wermuth sah auf X seinen Verdacht bestätigt. Der Haupteffekt der ganzen Notübernahme sei der gigantische Gewinn für die UBS. Die Kosten hingegen würden über den Stellenabbau am Ende an der Allgemeinheit hängen bleiben. Es werde spätestens jetzt klar, dass der Bundesrat eine «sehr schlechte Lösung» gewählt habe, so Wermuth.

Die Grünen kritisierten, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler durch die mit Notrecht eingefädelt Bankrettung ein hohes Risiko eingehen mussten und die «gigantischen Gewinne» nun allein bei der UBS anfallen. Finanzministerin Keller-Sutter habe es verpasst, die Rettung an Bedingungen zu knüpfen. Und nichts habe sich am enormen und für die Volkswirtschaft nicht tragbaren Risiko durch die neue «Megabank» geändert. Die Politik müsse ein Trennbankensystem einführen.